# Pressemitteilung

22. November 2021

## Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen Ministerin Scharrenbach muss Pläne zur Verbesserung des Schutzes vor Gewalt offenlegen!

**Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen (25. November) fordert der SoVD NRW Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach dazu auf, die Ergebnisse einer Bedarfsanalyse zum aktuellen Hilfeangebot für Opfer von Gewalt endlich zu veröffentlichen und seine Pläne zur Schaffung sogenannter „Power-Häuser“ detailliert zu erläutern.**

Jede dritte Frau in Deutschland ist bereits Opfer von Gewalt geworden. Mit der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland und damit auch NRW verpflichtet, geschlechterspezifische Gewalt zu bekämpfen. Bereits fürs 2020 kündigte das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) des Landes Nordrhein-Westfalen die Veröffentlichung der Ergebnisse einer Bedarfsanalyse des Hilfeangebots für gewaltbetroffene Frauen in NRW an. Diese Ergebnisse sollten gemeinsam mit den Erkenntnissen der bereits veröffentlichten Dunkelfeldstudie zu Gewalt dabei helfen, die Frauenhilfe-Infrastruktur zu stärken und zu verbessern. Seit über einem Jahr wird die Frage nach dem Veröffentlichungsdatum der Bedarfsanalyse von Seiten des Ministeriums mit der Antwort „in Kürze“ umgangen, ohne ein konkretes Datum zu nennen. Gleichzeitig bereitet das Ministerium einen Pakt gegen Gewalt und das Konzept von sogenannten „Powerhäuser“ vor. Mit beiden Begriffen bzw. Konzepten wird bereits öffentlich gearbeitet, jedoch werden diese nie genau definiert. Wir fordern deshalb am heutigen Tag gegen Gewalt an Frauen, dass das Ministerium nun endlich alle vorliegenden Daten veröffentlicht und seine Pläne zur Veränderung der Frauenhilfeinfrastruktur offenlegt.

„Dieser zurückhaltende Umgang mit Informationen ist bedenklich. Wenn das Ministerium Pläne zur Verbesserung der Frauenhilfeinfrastruktur und zum Schutz von Frauen vor Gewalt hat, dann sollte es diese auch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die immer gleichen drei Sätze zur oberflächlichen Beschreibung der Pläne erwecken jedoch den Anschein, dass hier die öffentliche Debatte bewusst umgangen werden soll. Und das bedeutet selten etwas Gutes“, so Landesfrauensprecherin Jutta König.

Eine erste Anlaufstelle für Betroffene ist das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen. Unter der Rufnummer 08000 116016 kann jederzeit anonym und in 18 verschiedenen Sprachen, auch in Gebärdensprache und Leichter Sprache, Unterstützung gesucht werden.